

Chronologie

Juli / August*

Juli

1.7. Die Tour de France startet in Straßburg ohne die drei Favoriten Ivan Basso (Italien), Jan Ullrich (Deutschland) und Francisco Mancebo (Spanien) sowie Dutzende weiterer Fahrer. Die Sportler waren am Vortag von der Tourleitung ausgeschlossen worden, nachdem die spanische Guardia Civil eine Namensliste mit Fahrern veröffentlicht hatte, denen die Verwicklung in einen der größten Dopingskandale der Sportgeschichte vorgeworfen wird. Im Zentrum des Skandals steht der spanische Sportmediziner Eufemiano Fuentes, der Profiradsportler aus mehreren europäischen Ländern mit Eigenblut gedopt haben soll. Auch Profifußballer und -tennispieler sollen zu den Kunden von Fuentes gehört haben.

2.7. Der französische Ko-Vorstandsvorsitzende des Luft- und Raumfahrtkonzerns EADS, Noël Forgeard, und der Chef des EADS-Tochterunternehmens Airbus, Gustav Humbert, treten von ihren Positionen zurück. Die beiden Manager waren wegen Lieferverzögerungen beim neuen Großraumflugzeug A 380 in die Kritik geraten. Forgeard werden darüber hinaus unlautere Aktiengeschäfte vorgeworfen, da er wenige Monate vor dem Kurssturz der EADS-Aktie im Juni eigene Aktien verkauft hatte. Nachfolger von Forgeard wird der Präsident der Staatsbahn SNCF, Louis Gallois. Den Platz von Humbert nimmt Christian Streiff ein, der bis ins Jahr 2005 Chef des Baustoffkonzerns Saint-Gobain gewesen war.

3.7. Der politische Berater von Premierminister Dominique de Villepin, Bruno Le Maire, wird von de Villepin zu seinem neuen Kabinettschef ernannt. Le Maire ersetzt Pierre Mongin, der die Leitung des staatlichen Pariser Nahverkehrsunternehmens RATP übernimmt. Die Berufung des erst 37-jährigen Le Maire ist Teil einer größeren Stellenrotation, zu der auch der Wechsel der RATP-Präsidentin Anne-Marie Idrac an die Spitze des staatlichen Bahnkonzerns SNCF gehört, die den zur EADS wechselnden Louis Gallois ablöst. Le Maire, der

bereits während des Irak-Konflikts außenpolitischer Berater des damaligen Außenministers de Villepin war, gilt als einer der engsten Mitarbeiter des Premierministers.

3./4.7. Die potenzielle Kandidatin des Parti socialiste (PS) für die Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 2007, Ségolène Royal, trifft während eines Besuchs in Schweden mit dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Göran Persson und weiteren Regierungsmitgliedern zusammen. Im Mittelpunkt ihrer Gespräche steht das schwedische Sozialmodell. Royal betont, dass die Antwort auf die Globalisierung nicht im Liberalismus liege, sondern in der „Rehabilitation des Staates“. Auch in der Umweltpolitik sei Schweden vorbildlich.

5.7. Der Prozess um die Veruntreuung öffentlicher Gelder aus dem sozialen Wohnungsbau durch zahlreiche Mitglieder des RPR geht mit 37 Verurteilungen zu Gefängnisstrafen auf Bewährung und Geldstrafen zuende. Zu den Verurteilten gehören mehrere ehemalige Mitarbeiter und Freunde des Staatspräsidenten Jacques Chirac. Chirac war zur Zeit der so genannten „HLM-Affäre“ (1987–1993) Bürgermeister von Paris und RPR-Vorsitzender gewesen.

6.7. Durch den Abschluss eines Erbpachtvertrages mit der muslimischen Gemeinde ermöglicht die Stadt Marseille den Bau der größten Moschee Frankreichs, die bis spätestens 2008 fertig gestellt werden und bis zu 5 000 Gläubige aufnehmen können soll. Bürgermeister Jean-Claude Gaudin (UMP) begründet die Entscheidung damit, dass die 150 000 Mitglieder zählende muslimische Gemeinde in Marseille bis heute nicht über das Äquivalent einer Kathedrale für die Katholiken verfügen. Die Kosten von etwa sechs Millionen Euro sollen überwiegend von der muslimischen Gemeinde in Marseille und weiteren französischen Gemeinden aufgebracht werden. Kritiker der Entscheidung Gaudins befürchten einen zunehmenden Einfluss ausländischer fundamentalistischer Moslems in Frankreich.

* Zusammengestellt vom Programm Frankreich / deutsch-französische Beziehungen der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Berlin.

7.7. Abdallah Boujraf, 19-jähriger marokkanischer Schüler an einem Pariser Gymnasium, wird nach Marokko abgeschoben. Boujraf, der im Alter von 14 Jahren nach Frankreich gekommen war und über keinen legalen Aufenthaltsstatus verfügt, ist der erste ausgewiesene Schüler nach der Ankündigung des Innenministers Nicolas Sarkozy vom Juni, den Status von Schülern ohne Aufenthaltsgenehmigung fallweise zu legalisieren. Boujraf war vor seiner Ausweisung in den Verdacht geraten, einen Obdachlosen angegriffen zu haben. Zahlreiche linke Politiker und Vereinigungen protestieren gegen die Abschiebung.

9.7. Die französische Nationalmannschaft verliert das Endspiel der Fußballweltmeisterschaft im Berliner Olympiastadion mit 3:5 nach Elfmeterschießen gegen Italien. In seinem letzten Spiel für die „Bleus“ wird ihr Mannschaftskapitän Zinédine Zidane nach einer Tätlichkeit zehn Minuten vor Spielende vom Platz gestellt, nachdem er zuvor von seinem italienischen Gegenspieler provoziert worden war.

10.7. Der Bevollmächtigte der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Elysée-Vertrages, der saarländische Ministerpräsident Peter Müller, und der französische Erziehungsminister Gilles de Robien stellen in Saarbrücken die deutsche Ausgabe des ersten deutsch-französischen Geschichtsbuches („Europa und die Welt seit 1945“) vor. Das Werk kann vom Schuljahr 2006/2007 an eingesetzt werden. Die beiden Folgebände, die die Zeit von der Antike bis zum Wiener Kongress umfassen werden, sollen zum Schuljahr 2007/2008 beziehungsweise 2008/2009 vorliegen.

10.7. Verteidigungsministerin Michèle Alliot-Marie kritisiert die Entscheidung des Parteivorsitzenden der UMP, Nicolas Sarkozy, den Parteikongress zur Ernennung des Präsidentschaftskandidaten der Partei um drei Wochen auf den 14. Januar 2007 vorzuziehen. Sarkozy hatte diese Maßnahme auf einer Sitzung des Bureau politique der UMP wenige Tage zuvor verkündet. Allerdings war der Beginn der Sitzung kurzfristig vorverlegt worden, so dass Alliot-Marie nicht teilnehmen können. Auf dem Radiosender „Radio J“ erklärt die Ministerin, die Präsidentschaftskandidatur sei „keine Angelegenheit der Parteien“.

11.7. Die französische Regierung kündigt an, nach der Sommerpause 50 bis 60 Millionen Euro als Unterstützung für Studenten bereit zu stellen. Studenten aus mittleren Einkommensschichten, die nicht in den Genuss von Stipendien kommen, sollen aus diesem Topf einmalig zwischen 150 und 200

Euro erhalten. Diese Maßnahme gilt als Versuch der Regierung, den Konflikt mit den Studenten beizulegen, der im Zusammenhang mit deren Protesten gegen den CPE ausgebrochen war.

11.7. In einem Interview mit dem Radiosender Europe 1 kritisiert der Vorsitzende des Mouvement pour la France (MPF), Philippe de Villiers, die Integrationspolitik von Innenminister Sarkozy. Schüler aus Familien ohne legalen Aufenthaltsstatus solle der Besuch französischer Schulen untersagt werden. De Villiers, der Präsident des Departementrats der Vendée ist, erklärt, er habe den Rektor der für die Vendée zuständigen Akademie aufgefordert, die Aufnahme solcher Schüler an Schulen der Vendée zu verweigern.

12.7. In Paris einigen sich die Außenminister der fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates darauf, den Atomstreit mit dem Iran wieder vor die Vereinten Nationen zu bringen. Ziel sei eine Resolution des Sicherheitsrats, durch die Iran dazu aufgefordert werde, die Anreicherung von Uran auszusetzen. Frankreichs Außenminister Philippe Douste-Blazy begründet den Beschluss damit, dass die iranische Regierung den Sicherheitsratsmitgliedern „keine andere Wahl gelassen“ habe, da sie alle Verhandlungangebote ausgeschlagen habe. Frankreich sei gegen ein Ultimatum, jedoch dürfe Iran keine Gelegenheit gegeben werden, Zeit zu gewinnen.

12.7. Frankreich begeht den 100. Jahrestag der Rehabilitierung des Hauptmanns Alfred Dreyfus durch den Kassationsgerichtshof am 12. Juli 1906. Staatspräsident Chirac erklärt in einer Festansprache, die Rehabilitierung sei „ein Sieg für die Republik und die Einheit Frankreichs“ gewesen.

13.7. Die internationale Fachzeitschrift *Euromoney* zeichnet die französische Société générale mit dem seit fünf Jahren von ihr vergebenen Titel „Bank des Jahres“ aus. Die Société générale habe „ihre Unabhängigkeit voll nutzen können“. In den letzten sechs Jahren hat sich Größe der Bank verdoppelt.

14.7. Am französischen Nationalfeiertag gibt Staatspräsident Chirac zum letzten Mal in seiner zweiten Amtszeit den Fernsehsendern TF1 und France 2 das traditionelle Grundsatztinterview. Bezüglich der Präsidentschaftswahlen schließt er eine erneute eigene Kandidatur nicht explizit aus und betont zugleich seine guten Beziehungen zum potenziellen Kandidaten Nicolas Sarkozy, dessen Integrationspolitik als Innenminister er ausdrücklich unterstützt. Zur Nahostkrise erklärt Chirac, die Angriffe Israels auf Stellungen der Hisbollah im

Libanon seien eine „unverhältnismäßige“ Reaktion auf die Entführung israelischer Soldaten im Südlibanon. Zugleich sei davon auszugehen, dass die „Initiativen“ der Hisbollah nur „mit Unterstützung von dieser oder jener Nation“ hatte durchgeführt werden können. Gemeint sind Iran und Syrien.

17.7. Begleitet von Außenminister Douste-Blazy stattet Premierminister de Villepin sechs Tage nach Beginn der israelischen Offensive gegen Stellungen der Hisbollah im Libanon seinem libanesischen Amtskollegen Fouad Siniora einen Besuch in Beirut ab. De Villepin ruft zu einem „sofortigen humanitären Waffenstillstand“ auf. Frankreich werde sich nachdrücklich für die Wiederherstellung der Souveränität des libanesischen Staates auf seinem gesamten Territorium einsetzen. Die Entführung der israelischen Soldaten durch die Hisbollah müsse verurteilt werden. Jedoch dürfe Israel trotz seines Rechts auf Selbstverteidigung die „strategischen Konsequenzen“ seiner Maßnahmen nicht aus den Augen verlieren.

18./19.7. Die UMP-Kandidatin für das Amt des Pariser Bürgermeisters bei den Kommunalwahlen im Jahr 2008, Françoise de Panafieu, hält sich zu einem Besuch in Berlin auf. Der Besuch soll dazu dienen, die Erfahrungen der deutschen Hauptstadt in Bereichen wie Stadtplanung und sozialer Integration bei der Ausarbeitung ihres eigenen Wahlprogramms zu nutzen. Die Abgeordnete des 17. Arrondissements in Paris führt Gespräche mit dem CDU-Kandidaten bei den Berliner Abgeordnetenhauswahlen im September, Friedbert Pflüger, und dem Präsidenten der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bernhard Vogel.

19.7. In einem Gespräch mit der Zeitung *Le Figaro* skizzieren die beiden neuen Chefs des deutsch-französischen Luft- und Raumfahrtkonzerns EADS die künftigen Schwerpunkte ihrer Arbeit. Das Unternehmen müsse grundsätzlich besser geführt werden. Doppelungen, wie etwa im Forschungsbereich, zwischen EADS und dem Tochterunternehmen Airbus müssten unterbunden werden. Es würden auch Optionen zur Eingliederung von Airbus in den Mutterkonzern untersucht. Die Führung von EADS durch einen deutschen und einen französischen Vorstandsvorsitzenden sei nicht ideal, könne aber den Marktzugang gelegentlich fördern und werde beibehalten.

19.7. Die Europäische Kommission kündigt an, rechtliche Schritte gegen Frankreich einzuleiten, da Paris bislang nicht – wie von der Kommission seit Juli 2004 gefordert – öffentliche Hilfen vom früheren Staatsunternehmen France Télécom zurückgefordert habe. Ein Verfahren vor dem Europäischen

Gerichtshof könnte für France Télécom ernsthafte finanzielle Folgen haben: In den 1990er Jahren soll das Unternehmen Steuervorteile genossen haben, die sich, inklusive ihrer Verzinsung, auf eine Gesamtsumme von etwa 1,5 Milliarden Euro summieren könnten.

20.7. Der Filmregisseur und Drehbuchautor Gérard Oury stirbt in Saint Tropez im Alter von 87 Jahren. Nachdem er in den 1950er Jahren zunächst Kriminalfilme gedreht hatte, wendete er sich in den 1960er Jahren der Komödie zu. Einer seiner Lieblingsdarsteller war Louis de Funès, der auch die Hauptrolle in Ourys bekanntestem Film „La Grande Vadrouille“ („Die große Sause“) spielte. 1993 erhielt Oury den Ehrencésar.

21.7. Staatspräsident Chirac schlägt der finnischen EU-Ratspräsidentschaft und dem Kommissionspräsidenten Manuel Barroso vor, den Hohen Repräsentanten der EU für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Javier Solana, mit einem Mandat für Vermittlungsdienste zwischen Israel und der Hisbollah auszustatten. Ziel müsse die schnelle Aushandlung eines Waffenstillstandsabkommens sein.

23.7. Der US-Amerikaner Floyd Landis gewinnt die 93. Tour de France und tritt damit die Nachfolge seines Landsmanns Lance Armstrong an, der das Radrennen im Vorjahr zum siebten Mal in Folge als Sieger beendet hatte.

24.7. *Liberation* veröffentlicht einen Brief von Arnaud Montebourg an die Mitglieder der PS-internen Vereinigung „Rénover maintenant“, deren stellvertretender Vorsitzender er ist. Darin erklärt Montebourg, dass er sich für die Präsidentschaftskandidatur von Ségolène Royal einsetzen werde. Sie habe alle „Trümpfe, um die Versprechen der Linken zusammenzuführen, zu erneuern und zu halten“. „Rénover maintenant“ war von ehemaligen Anhängern des „Nouveau Parti socialiste“ im Dezember 2005 als Reaktion auf die Beschlüsse des Parteikongresses von Le Mans gegründet worden.

25.7. Nach einer Studie des nationalen Statistikinstituts INSEE sind im Jahr 2004 zwei Drittel der Franzosen in den Urlaub gefahren. Damit nehme die Zahl der Urlauber, nach einer Pause in den 1990er Jahren, weiter zu. 21 Millionen Franzosen seien dagegen während der Urlaubszeit nicht verreist.

27.7. In einem Interview mit *Le Monde* spricht sich Staatspräsident Chirac dafür aus, eine internationale Streitmacht zur Sicherung der Grenzen des Libanon in das Land zu schicken. Die Aufstellung dieser Streitmacht, die von der NATO unab-

hängig sein müsse, solle einem Drei-Stufen-Plan folgen: Zunächst müsse ein Waffenstillstand durchgesetzt werden. Dann müsse ein politisches Abkommen zwischen der libanesischen Regierung und der Hisbollah einerseits sowie der internationalen Gemeinschaft, Israel und Libanon andererseits ausgehandelt werden. Erst danach solle die internationale Streitmacht in den Libanon verlegt werden. Auf die Frage, ob Frankreich bereit sei, die Führung dieser Streitmacht zu übernehmen, antwortet Chirac ausweichend.

27.7. Der Rennstall des US-amerikanischen Radprofis und Tour-de-France-Siegers Floyd Landis, das Schweizer Phonak-Team, teilt mit, dass Landis während der Frankreichrundfahrt gedopt war. Vor allem bei seinem spektakulären Sieg auf der schwierigen 17. Etappe in den Bergen hätten die Dopingtests einen ungewöhnlich hohen Testosteronwert ergeben. Landis ist damit der erste Sieger in der 103-jährigen Geschichte der Tour de France, der des Dopings überführt worden ist.

29.7. Die israelische Außenministerin Tzipi Livni fordert Frankreich in einem Interview mit *Le Figaro* auf, seine „wunderbare Arbeit im Libanon“ zu Ende zu führen, indem es mit dafür Sorge, dass die UNO-Resolution 1559, die den Rückzug aller ausländischen Truppen von libanesischem Territorium und die Auflösung aller Milizen vorsieht, angewendet werde. Wenn es heute eine demokratische Regierung im Libanon gebe, die frei von syrischer Vormundschaft sei, dann sei dies vor allem das Verdienst Frankreichs.

August

1.8. Justizminister Pascal Clément startet offiziell ein elektronisches Verfahren zur Überwachung von Gefangenen, die zu Strafen von mehr als sieben Jahren verurteilt worden waren und gegen Ende ihrer Strafe unter Auflagen freigelassen werden. Die ehemaligen Gefangenen müssen rund um die Uhr ein Armband mit einem Sender tragen, der ständig ihren Standort an die Überwachungszentrale meldet. Weicht der ehemalige Häftling von den Auflagen ab, löst das elektronische System einen Alarm aus. Von dem System, das sechs Monate getestet werden soll, verspricht sich die Regierung unter anderem eine bessere Wiedereingliederung von ehemaligen Gefangenen in die Gesellschaft, da sie früher vollständig aus dem Gefängnis entlassen werden könnten.

2.8. Eine Insolvenz der hoch verschuldeten Betreibergesellschaft des französisch-britischen Eurotunnelkonzerns wird

durch eine Entscheidung des Pariser Handelsgerichts vorerst abgewendet. Eurotunnel soll Gläubigerschutz gewährt werden. Das Unternehmen muss nun einen Sanierungsplan ausarbeiten, der sich nach bestimmten, vom Gericht festgelegten Auflagen richtet. Das Management des Konzerns hatte sich bisher mit seinen Gläubigern nicht über eine Neustrukturierung seiner Schulden in Höhe von neun Milliarden Euro einigen können, die beim Bau und während des Betriebs entstanden waren.

3.8. *Le Figaro* berichtet, dass eine bisher unveröffentlichte Studie des Institut national de la santé et de la recherche médicale (INSERM) erstmals einen Zusammenhang zwischen den französischen Nukleartests im Überseegebiet Französisch-Polynesien und einer Zunahme der Fälle von Schilddrüsenkrebs auf den Inseln herstellt. In der Studie wurden 239 Fälle von Schilddrüsenkrebs zwischen 1966 und 1999 untersucht; die Nukleartests waren zwischen 1969 und 1996 durchgeführt worden.

6.8. Frankreich und die Vereinigten Staaten einigen sich auf einen gemeinsamen Entwurf für eine Resolution des UNO-Sicherheitsrats zum Krieg im Libanon. In dem Text wird ein „vollständiges Ende der Feindseligkeiten“ gefordert. Von einem „sofortigen“ Waffenstillstand hingegen ist ebenso wenig die Rede wie von einem Rückzug der israelischen Truppen aus dem Südlibanon. Allerdings sieht der Text den grundsätzlichen Abschluss eines Waffenstillstands, ein anschließendes politisches Abkommen zwischen den Konfliktparteien und die Entsendung einer internationalen Streitmacht vor. Vor allem die libanesischen Regierung kritisiert den Entwurf als „proisraelisch“.

9.8. Das Bundeskabinett beschließt den Gesetzentwurf zum deutsch-französischen Rahmenabkommen vom 22. Juli 2005 über grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich. Durch das Abkommen soll die Versorgung der Bürger in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und dem Saarland sowie Elsass und Lothringen verbessert werden. Sobald das Abkommen in Kraft ist, können regionale Vereinbarungen zum Beispiel für einen grenzüberschreitenden Rettungsdienst geschlossen werden.

10.8. Das französische Innenministerium teilt mit, dass kurz vor dem Fristende am 13. August über 25 000 Anträge von Familien auf Legalisierung ihres Aufenthaltsstatus eingegangen sind, die sich ohne Aufenthaltsgenehmigung in Frankreich aufhalten, deren Kinder aber im Land zur Schule gehen. Im

Juni hatte Innenminister Sarkozy angekündigt, dass derartige Legalisierungen unter bestimmten Auflagen möglich sein sollten. Das Ministerium geht jedoch davon aus, dass nur etwa 5 000 bis 6 000 der Anträge diese Auflagen erfüllen und genehmigt werden.

11.8. Der UNO-Sicherheitsrat nimmt die Resolution 1701 zur Beendigung der militärischen Auseinandersetzungen im Libanon an. Darin wird nunmehr die „sofortige“ Einstellung aller offensiven Militäroperationen von der Hisbollah und Israel sowie die bedingungslose Freilassung der entführten israelischen Soldaten verlangt. Die bereits im israelisch-libanesischen Grenzgebiet stationierte UNO-Truppe UNIFIL soll verstärkt werden und gemeinsam mit einem 15 000 Mann starken Kontingent der libanesischen Armee sukzessive in das von der sich zurückziehenden israelischen Armee geräumte Grenzgebiet einrücken. In einer Rede vor dem Sicherheitsrat begrüßt Außenminister Douste-Blazy den Resolutionstext, an dem Frankreich großen Anteil gehabt habe. Das Ziel müsse sein, die Souveränität Libanons wieder herzustellen und zugleich die Sicherheit Israels zu garantieren. Frankreich werde eine Erhöhung seines Beitrags zu UNIFIL prüfen; unverzichtbar sei jedoch die Beteiligung zahlreicher Staaten an der internationalen Streitmacht. Frankreich war nach heftiger libanesischer Kritik von einem gemeinsam mit den USA vorgelegten Resolutionstext wieder abgerückt, der einen Abzug der israelischen Truppen unerwähnt gelassen hatte.

14.8. Die Stadtverwaltung von Paris startet eine Kampagne gegen erzwungene Hochzeiten mit der Verteilung von 50 000 Exemplaren einer Aufklärungsbroschüre über die Rechte von Frauen, die gegen ihren Willen verheiratet werden sollen. Der „Haut Conseil à l'intégration“ schätzt, dass es in Frankreich gegenwärtig etwa 70 000 junge Mädchen gibt, die auf Wunsch ihrer Eltern einen Mann heiraten sollen, den sie nie gesehen haben.

16.8. Verteidigungsministerin Alliot-Marie erklärt, dass Frankreich bereit sei, das Kommando über die verstärkte UNO-Truppe UNIFIL im Libanon bis Februar 2007 zu übernehmen. Dann läuft das Mandat des französischen Generals Alain Pellegrini aus, der bereits jetzt den Oberbefehl über UNIFIL ausübt. Der Umfang des französischen Kontingents wird von Alliot-Marie nicht konkretisiert. In den Tagen zuvor hatte es angesichts französischer Zögern Kritik einiger europäischer Partner an Paris gegeben. Italien hatte daraufhin angekündigt, für die Übernahme des UNIFIL-Kommandos bereit zu stehen.

18.8. Der Vizechef des PS, François Rebsamen, kritisiert die Ambitionen mehrerer PS-Spitzenpolitiker, Kandidat der Partei für die Präsidentschaftswahlen im kommenden Jahr zu werden. Die Bestrebungen von Jack Lang, Dominique Strauss-Kahn oder Laurent Fabius seien legitim. Sie hätten jedoch keine Chance, das parteiinterne Nominierungsverfahren zu gewinnen. Die Vielfalt potenzieller Kandidaten schwäche die Partei. Es sei an Parteichef François Hollande, in den kommenden Wochen dafür zu sorgen, dass sich die Partei noch im September auf maximal zwei Kandidaten verständigt, die dann das interne Ernennungsverfahren durchlaufen könnten.

18.8. *Le Figaro* meldet, dass in die Privatwohnung der potenziellen Präsidentschaftskandidatin des PS, Ségolène Royal, und ihres Lebensgefährten, des PS-Parteichefs François Hollande, eingebrochen worden ist. In einer Stellungnahme zu dem Vorfall erklärt Royal, dass nichts gestohlen wurde. Zugleich kritisiert sie heftig das Kabinett des Innenministers dafür, dass es die Information über den Einbruch an die Presse weitergegeben habe, obwohl sie um Vertraulichkeit gebeten habe.

18.8. Die Europäische Kommission nimmt zur geplanten Fusion der französischen Energiekonzerne Suez und Gaz de France Stellung. In vier Bereichen äußert sie Vorbehalte: bei den Gas- und Strommärkten in Belgien, dem Gasmarkt und den Wärmenetzen in Frankreich. Beide Unternehmen kontrollieren in Belgien 95 Prozent des Gas- und 80 Prozent des Stromgeschäfts. In Frankreich beherrschen die beiden Konzerne 95 Prozent des Gasmarkts. Sie haben nun zehn Tage Zeit für eine Stellungnahme. Durch die Fusion soll eine Übernahme von Suez durch den italienischen Energiekonzern Enel verhindert werden.

20.8. Ségolène Royal, hält ihre erste große Rede zur „Rentrée“ auf der traditionellen „Fête de la Rose“ ihres Parteifreundes Arnaud Montebourg. Wesentliche Themen ihres Wahlkampfes seien die „Wiederherstellung des Wertes der Arbeit“, Umweltpolitik und Entwicklungspolitik. Nachdrücklich ruft sie die Partei zur Einheit und Geschlossenheit auf.

21.8. In einer Pressekonferenz im Weißen Haus äußert US-Präsident George W. Bush die „Hoffnung“, dass Frankreich mehr als die bereits angekündigten 200 Soldaten zur Aufstockung der UNO-Truppe UNIFIL in den Libanon entsenden werde. Am Vortag hatte sich der republikanische Senator John McCain „sehr besorgt und enttäuscht“ von den Franzosen gezeigt.

22.8. Frankreich, Großbritannien, Irland und Spanien beantragen bei der Kommission zur Begrenzung des Festlandsockels eine Ausdehnung ihrer so genannten „ausschließlichen Wirtschaftszonen“ in den jeweiligen Küstengewässern. Sollte die Kommission dem Antrag zustimmen, würden sich die vier Länder die Nutzung des zusätzlichen Gebiets teilen. Laut UN-Seerechtskonvention erstreckt sich das völkerrechtliche Regime der ausschließlichen Wirtschaftszone auf den Meeresboden, den Meeresuntergrund und die Wassersäule bis zu einer Entfernung von maximal 200 Seemeilen vor der Küste. In diesem Gebiet verfügt nur der jeweilige Staat über das souveräne Recht, unter anderem die natürlichen Ressourcen zu nutzen und auszubeuten. Frankreich verspricht sich von dem Gebietsgewinn zusätzliche Ressourcen an Erdöl, Mineralien und in der Biotechnologie einsetzbare Bakterien.

22.8. Gesundheitsminister Xavier Bertrand kündigt ein Rauchverbot an allen öffentlichen Plätzen an, das vom 1. Januar 2007 an gelten soll. Ausnahmen sollen für die „bars-tobacs“, für Diskotheken und Casinos gelten.

24.8. Im französischen Fernsehen kündigt Staatspräsident Chirac die Entsendung von weiteren 1 600 Soldaten zur Verstärkung der UNO-Truppe UNIFIL in den Libanon an. Damit wird das französische Kontingent insgesamt 2 000 Soldaten umfassen. Frankreich arbeite zudem an einer internationalen Konferenz, die einberufen werden solle, sobald ein stabiler Frieden im Libanon herrsche.

25.8. Staatspräsident Chirac und Bundeskanzlerin Merkel treffen sich im Rahmen der so genannten „Blaesheim-Treffen“ in Paris. Im Mittelpunkt der vertraulichen Gespräche, an denen auch die Außenminister Douste-Blazy und Steinmeier teilnehmen, steht der Nahostkonflikt. Bei der gemeinsamen Pressekonferenz setzen sich Chirac und Merkel für eine sofortige Beendigung der Blockade Libanons durch Israel ein. Merkel unterstützt Chirac in seiner Ablehnung, zum gegenwärtigen Zeitpunkt das Gespräch mit Syrien zu suchen.

25.–27.8. In La Rochelle wird die traditionelle Sommeruniversität des PS durch eine Rede von Ségolène Royal eröffnet. In der Partei wird sie anschließend heftig dafür kritisiert, dass sie – im Gegensatz zu den weiteren potenziellen Präsidentschaftskandidaten – dem weiteren Verlauf der Veranstaltung fernbleibt. Vor allem der Mouvement des jeunes socialistes (MJS) kritisiert, dass sie als einzige potenzielle Kandidatin der Debatte mit den Jungen Sozialisten aus dem Weg gegangen sei. In Anspielung auf Royals gute Umfragewerte äußert der MJS-

Vorsitzende Razzye Hammadi, es seien nicht die Meinungsforschungsinstitute, die anstelle der Jungen Sozialisten den kommenden Wahlkampf des PS bestreiten würden.

28.8. Staatspräsident Chirac eröffnet mit seiner traditionellen außenpolitischen Rede die jährliche Botschafterkonferenz in Paris. Bezüglich des Nahostkonflikts setzt er sich für ein schnelles Treffen des Nahostquartetts (USA, Russland, EU und UNO) ein. Er warnt davor, dass jenseits der aktuellen militärischen Auseinandersetzungen eine größere Gefahr in Form eines Auseinanderbrechens zweier Welten, „des Ostens und des Westens, des Islam und des Christentums, der Reichen und der Armen“ entstehen könne. Zugleich ruft er Iran und Syrien dazu auf, die notwendigen Schritte zu unternehmen, um ein Klima des Vertrauens zu schaffen.

28.8. In Bordeaux kündigt Bürgermeister Hugues Martin (UMP) die Niederlegung der Mandate der UMP-Fraktion des Conseil municipal mit Wirkung zum 31. August an. Damit werden vorgezogene Neuwahlen nötig. Ziel dieser Aktion ist es, dem ehemaligen Bürgermeister der Stadt, Alain Juppé, erneut zur Wahl zum Bürgermeister zu verhelfen. Juppé hatte sein Amt im Dezember 2004 niedergelegt, nachdem er wegen seiner Verstrickung in die Affäre um illegale Parteienfinanzierung des Pariser RPR in den 1980er und 1990er Jahren zu einem Jahr Nichtwählbarkeit und 14 Monaten Haft auf Bewährung verurteilt worden war.

29.8. Die russische Zeitung *Vedomosti* meldet, dass die auf den Außenhandel spezialisierte staatliche russische Vnechtorgbank, Filiale der russischen Zentralbank, im Verlauf des Sommers knapp fünf Prozent der Aktien des deutsch-französischen Luft- und Raumfahrtkonzerns EADS gekauft hat.

30.8. Das Arbeitsministerium teilt mit, dass die Arbeitslosenquote im Juli erstmals seit fünf Jahren mit 8,9 Prozent unter die 9-Prozent-Marke gefallen ist.

31.8. Premierminister de Villepin kündigt ein Maßnahmenpaket zur weiteren Bekämpfung der Arbeitslosigkeit an. Unternehmen mit maximal 20 Mitarbeitern sollen künftig keine Sozialabgaben mehr für Angestellte zahlen müssen, die auf dem Niveau des Mindestlohns SMIC angestellt sind. Die Kosten dieser Maßnahme werden von der Regierung auf jährlich 600 Millionen Euro veranschlagt. Des Weiteren sind spezielle Maßnahmen für die „Zones urbaines sensibles“ (ZUS), die Verbesserung des Zugangs junger Menschen zum Arbeitsmarkt sowie die Einstellung von Langzeitarbeitslosen geplant.